

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil:

E. Fontane,

Für Feuilleton und Vermischtes:

J. Steinbach,

Für den übrigen redakt. Theil:

J. Hirschfeld,

Sämtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil:  
J. Klugkist in Posen.

# Posener Zeitung

Achtundneunzigster Jahrgang.

Jg. 200

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal, an Sonn- und Festtagen vier Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 20. März.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei H. Ad. Schles. Hofstift, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Sieckhoff, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8, in Giesen bei S. Chapelewski, in Meseritz bei H. Pallias, in Wreschen bei J. Hirschfeld u. b. d. Inserat-Annahmestellen von H. L. Daube & Co., Haaselein & Vogler, Rudolf Pöhl und „Paradiesdank“.

1891

## Preußischer Landtag.

## Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom 19. März, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Nebereinkommen gestattet.)

In der dritten Berathung der Wasser- und Forstfachsaatsschule für das Gebiet der Wupper und ihrer Nebenflüsse äußert

Abg. Dr. Ried (wildt) Bedenken gegen die Bestimmungen über die Expropriation, welche mit den Grundprinzipien unserer Verfassung im Widerspruch ständen.

Geh. Rath Lange erklärt diese Bedenken für unbegründet, da Expropriationen nur dann vorgenommen werden würden, wenn es im öffentlichen Interesse durchaus nothwendig sei.

Abg. v. Lölichen (l.) erklärt im Namen der Mehrheit seiner Partei seine Zustimmung zu dem Gesetz.

Die Abg. v. Eynern (nl.) und v. Tiedemann-Bomst (ft.) theilen die Bedenken des Abg. v. Ried ebenfalls nicht, da es sich hier allein um die lokalen Angelegenheiten der Wupper handele und ein öffentliches Interesse vorhanden sei.

Das Gesetz wird hierauf in dritter Berathung definitiv angenommen, ebenso ohne Debatte das Gesetz betreffend den Rechtszustand vom Herzogthum Sachsen-Meiningen in Preußen abgetretener Gebietsteile im Kreise Weisenfels, sowie die Abtretung preußischer Gebietsteile an Sachsen-Meiningen, sowie das Gesetz betreffend eine Erweiterung des Staatschuldbuches.

Darauf wird die zweite Berathung des Etats fortgesetzt bei dem Eisenbahnetat.

Hierbei wird zugleich zur Debatte gestellt der Antrag Richter auf Vorlegung von Nebersichten über die Zahl der dienstfreien Tage des Stations-, Strecken-, Fahr- und Werkstättenpersonals der Staatseisenbahnen und über die Zahl und die Einkommensverhältnisse der diätarischen Beamten der Staatseisenbahnverwaltung.

Die Kommission beantragt die Annahme des Antrages in einer dahin modifizierten Form, daß Übersichten vorgelegt werden a) über die Zahl der gänzlich oder teilweise dienstfreien Wochen- und Sonntage, welche dem Stations-, Strecken- und Fahrpersonal der Staatseisenbahnen zur Zeit gewährt werden; b) über die Zahl und die Einkommensverhältnisse der diätarischen Beamten in allen Zweigen der Staatsverwaltung sowie über Dienstalter und durchschnittliche Werzeit der einzelnen bis zur etatsmäßigen Anstellung.

Beim Kap. „Periodische Aussagen“ bringt Abg. Seyffardt (Magdeburg, nl.) die schlechten Verhältnisse des Bahnhofes in Krefeld zur Sprache, welche jeden Augenblick eine Katastrophe ähnlich der Steglitzer befürchten ließen. Nur der großen Umsicht der Betriebsverwaltung sei es zu danken, daß nicht schon längst ein großes Unglück passirt sei. Hilfe sei dringend nothwendig.

Geh. Rath Lange erwidert, daß bereits ein Projekt des Umbaus des Bahnhofes in Ausarbeitung sei und sobald als möglich dem Hause vorgelegt werden würde.

Abg. Bödiker (Cir.) wünscht ein günstigeres Anstellungsverhältnis der Eisenbahn-Bureau-Assistenten im Eisenbahnbezirk Magdeburg.

Ministerialdirektor Breßfeld verweist auf die in Aussicht genommene Vermehrung der etatsmäßigen Stellen, durch welche auch die Verhältnisse dieser Beamten verbessert werden würden.

Auf eine Anfrage des Abg. Ried (Bfr.) erklärt Referent Abg. Voßkau, daß viele Petitionen von Eisenbahnbeamten bisher in der Budgetkommission noch nicht hätten berathen werden können. In Bezug auf die in der Resolution Richter verlangte Angabe der dienstfreien Tage der Eisenbahnbeamten habe sich ergeben, daß für das Bureaupersonal diese Verhältnisse ähnlich wie bei den übrigen Beamten geregelt seien; bei dem Stations-, Fahr- und Streckenpersonal seien die Verhältnisse aber nicht gleich; die Zentralverwaltung habe nur allgemeine Direktiven erlassen können. In der Regel aber hätten auch diese Beamten an jedem zweiten oder dritten Sonntage Zeit zum Kirchenbesuch und bei Wechsel von Tag- und Nacharbeit einen vollen Ruhetag. In Bezug auf die etatsmäßige Anstellung der diätarischen Beamten sei zu zugeben, daß das Anstellungsverhältnis gegenwärtig ein sehr ungünstiges sei. Es sei zu wünschen, daß jedesfalls nach einer fest bestimmten Anzahl von Dienstjahren die definitive Anstellung erfolge. Über den finanziellen Effekt einer solchen Maßregel habe die Regierung vorläufig noch keine Angaben machen können, habe aber eine Denkschrift darüber zugesagt. Die Regierung beabsichtigt, den Anstellungsmodus für alle Ressorts derart zu gestalten, daß für alle dauernden Arbeiten etatsmäßige Beamte angestellt werden sollten. Mit Rücksicht auf diese Erklärung habe die Kommission den Antrag Richter erweitert.

Abg. Simon (nl.) spricht die Hoffnung aus, daß die Verhältnisse der Diätare im Direktionsbezirk Magdeburg eine Besserung erfahren würden, namentlich durch eine Vermehrung der etatsmäßigen Anstellungen. Der Direktionsbezirk Magdeburg sei in dieser Beziehung am schlechtesten gestellt. Deshalb sei auch eine häufigere Verlegung der dortigen Diätare nach anderen Direktionsbezirken wünschenswert.

Abg. v. Eynern (nl.) wünscht, daß den Petenten begreiflich gemacht würde, daß ihnen das Petitionieren bei einzelnen Abgeordneten nichts nützen könne, da die private Thätigkeit der Abgeordneten meistens keinen Erfolg habe.

Geh. Rath Lange verspricht ein möglichstes Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung auch gegenüber den Diätaren im Bezirk Magdeburg. In Bezug auf eine Anfrage des Abg. Cremer in der Kommission erklärt er, daß das Personal der Berliner Stadt- und Ringbahn in Bezug auf die Ruhetage nicht ungünstiger gestellt sei, als das Personal auf den übrigen Staatseisenbahnen.

Eisenbahminister v. Maybach gibt die Erklärung ab, daß, wenn die Resolution Richter nach dem Kommissionsbeschluß zur Annahme gelangen würde, ihr für die Ressorts der Eisenbahn- und Bauverwaltung Folge gegeben werden würde. Für die übrigen

Staatsverwaltungen sei er aber vorläufig noch nicht in der Lage, eine bindende Erklärung abzugeben.

Abg. Lieber erklärt im Gegensatz zum Abg. v. Eynern, daß es jedem Abgeordneten überlassen bleibe, Führung mit einzelnen Bevölkerungsklassen zu unterhalten und von dem, was ihm anvertraut werde, im Hause Gebrauch zu machen. Die Beamten sollten sich durch die Bemerkung des Abg. v. Eynern nicht abhalten lassen, auch fernerhin einzelnen Abgeordneten ein besonderes Vertrauen zu schenken.

Ministerial-Direktor Breßfeld bittet, jedesmal, wo Beschwerden von Beamten vorgebracht würden, genau den Bezirk, die Kategorie von Beamten und die Personen anzugeben, da sonst eine Untersuchung der Beschwerden nicht möglich sei.

Abg. v. Eynern erwidert dem Abg. Lieber, er habe die Beamten nur darauf aufmerksam machen wollen, daß der Einfluß einzelner Abgeordneten nicht so groß sei, wie der des ganzen Hauses, er habe deshalb die Beamten auf den offiziellen Weg verwiesen.

Abg. Cremer (wilb.) erwidert dem Regierungskommissar, er habe in der Kommission ausdrücklich von den Eisenbahnassistenten der Stadt- und Ringbahn gesprochen.

Die Debatte wird geschlossen und die Resolution Richter nach dem Antrage der Budgetkommission angenommen.

Beim Titel: „Stationsbeamte“ wünschen die Abg. Dr. Lotrichius (lib.) und Sander (nl.) eine Aufbesserung der Bahnmeister.

Beim Titel: „Erneuerung des Oberbaus“ wünscht Abg. Dr. Sattler (nl.) Auskunft über die Bewährung des Haarmannischen Langschwellensystems des Oberbaus.

Geheimer Rath Schneider erwidert, daß man zu einem abschließenden Urtheil darüber noch nicht habe kommen können, man müsse es noch auf Versuchsstrecken anwenden, namentlich, da die bisherigen Versuchsstrecken auf ganz geraden Linien gelegen hätten. Auf der Stadtbahn habe sich das Querschwellensystem besser bewährt, deshalb werde dieses bei Erneuerungen durchgängig angewendet.

Der Rest des Eisenbahnetats wird debattlos genehmigt.

Die Verhandlungen des Landeseisenbahnrats im Jahre 1890, sowie die Berichte über die Betriebsergebnisse und die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1890 werden durch Kenntnisnahme erledigt, nachdem Abg. Halberstadt (Bfr.) um Beschleunigung des Baues der Bahnen Goldberg-Märzdorf-Hirschberg-Petersdorf und Wollin-Altdamm-Gollnow gebeten und überhaupt für schnellere Bauausführungen der bewilligten Bahnen zu Gunsten der Interessenten und auch zum pekuniären Vorteil der Staatsbahnverwaltung eingetreten ist.

Es folgt der Etat der Bauverwaltung. Beim Kap. des Ordinariums „Technisches Bureau“ steht

Abg. Sonnabart (natlib.) seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß nunmehr die Bauverwaltung vom großen Generalstab das Nivellementswesen übernommen habe. Sodann bittet er um Aufbesserung der Vermessungsbeamten bei der Generalstafkommission. Dann werde auch dem Mangel an den Beamten abgeholfen werden.

Das Ordinarium wird ohne weitere Debatte genehmigt.

Beim „Extraordinarium“ Titel „Zur Regulirung der Oder unterhalb Küstrin“ wünscht Abg. v. Buch (l.) die Aussetzung einer Summe für Befestigung der Oderufer an den flachen Stellen im Interesse der Anwohner.

Von Regierungstisch wird erwidert, daß die Befestigung der Oder Sache der Adjazenten sei. Falls die Meliorationsverbände sich gebildet haben würden, solle mit einer Verbesserung des dortigen Stromgebietes vorgegangen werden. Mittel dazu seien bereits vorhanden.

Der Titel: „Zum Neubau des lgl. Schlosses zu Stettin“ wird nach dem Antrage der Kommission gestrichen.

Beim Titel: „Zur Vorbereitung des Neubaues eines Geschäftsgebäudes für beide Häuser des Landtages“ rügte Abg. Graf Limburg (l.) die Höhe der projektierten Kosten.

Hier solle das Haus zeigen, wie man sich Sparhaft beim Bau von öffentlichen Häusern denke. Jeder Zugus in der inneren Ausstattung müsse vermieden werden.

Abg. Dr. Lieber (Bfr.) erwidert, daß neben dem Brachtbau für den neuen Reichstag der Parlamentsbau für den preußischen Landtag nicht gar zu sehr absallen dürfe. Ein gewisser Maß von Glanz müsse auch das Parlament des führenden Staates in Deutschland zeigen. Das Projekt der Regierung entspreche dieser Anforderung. Redner bitte, bei dem Fortgang des Baues auch Abgeordnete hinzuziehen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) erwidert dem Grafen Limburg, daß ein Parlamentsgebäude nicht auf eine Linie zu stellen sei mit dem Dienstgebäude einer Behörde. Es müsse seines Zweckes würdig gebaut werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Mithoff (nl.) spricht im Namen der Mehrheit der Budgetkommission seine Zustimmung zu den Ausführungen der beiden Vorredner aus.

Abg. Hansen (ft.) tritt ebenfalls dem Abg. Graf Limburg-Stirum entgegen.

Abg. Graf Limburg-Stirum erwidert, die alte preußische Sparhaftigkeit müsse sich auch in seinem Parlamentsgebäude dokumentieren.

Abg. Steffens (df.) findet, daß die Projekte sich in sehr bescheidenen Grenzen halten. Man könne sparsam, dürfe aber nicht dürfstig bauen.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattlos der Rest des Etats der Bauverwaltung.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag, 7. April 12 Uhr (Petitionen).

Die Verhandlungen über die Landgemeindeordnung sollen, wie Präsident von Koller mittheilt, am 8. April beginnen.

Schluß 3½ Uhr.

Inserate, die schriftgestaltete Petitionen über deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an denjenigen Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachtm. angenommen.

## Herrenhaus.

9. Sitzung vom 19. März, 12 Uhr.

Eine Reihe neuer Mitglieder ist in das Haus eingetreten, darunter der Oberbürgermeister von Danzig, Dr. Baumhach und Staatssekretär Bosse.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Einkommens-, Erbschafts- und Gewerbesteuergesetzes, welche zusammen zur Berathung gestellt werden.

Graf zu Stolberg erklärt sich zwar für einen Gegner der Declaracion, hält aber, wenn man sich einmal auf den Standpunkt der Declaracion stellt, die Bestimmungen des Gesetzes in dieser Hinsicht für zweckentsprechend. Die meisten Bedenken gebe ihm der Steuertarif, weil er ein progressiver sei. Eine Progression sei aber durchaus schädlich. Je höher der Prozentsatz sei, desto größer sei die Gefahr der Defraudation. Der Prozentsatz von 4 Prozent scheine ihm über das Maß der Gerechtigkeit herauszuschreien. Eine hohe Besteuerung werde zur Folge haben, daß eine große Anzahl Auswanderungen reicher Leute stattfinden werden. Die Bestimmungen über die Verwendung der Überschüsse erklärt Redner nicht für befriedigend, da eine vollständige Befestigung der Grund- und Gebäudesteuer angestrebt werden müsse.

Graf v. Mirbach glaubt, daß mit den vorliegenden Gesetzen das Problem der direkten Steuern nahezu gelöst sei. Eine conditio sine qua non für die Annahme dieses Gesetzes ist für den Redner die Aufnahme eines Satzes in die Paragraphen, welche die Verwendung der Überschüsse regeln, wonach die Regierung thatächlich die Verpflichtung übernimmt, eine Befestigung der Grund- und Gebäudesteuer einzutreten zu lassen. Gegen die Besteuerung der Aktiengesellschaften will sich Redner dann erklären, wenn ihm nachgewiesen werde, daß hier eine Doppelbesteuerung vorliege. Vor Allem müsse er sich gegen die Höhe des Satzes von 4 Prozent wenden. Eine Ermäßigung müsse eintreten. Das finanzielle Minus könne deswegen nicht in Betracht kommen, weil die direkten Steuern innerhalb des ganzen Etats keine große finanzielle Bedeutung haben. Vor Allem müsse die völlige Befestigung der Doppelbesteuerung des Grundbesitzes erfolgen, der schon jetzt durch die neuen Arbeiterversicherungsgesetze sehr belastet sei. Dazu kommen die Befürchtungen wegen einer demnächstigen Abbrödelung der Getreidezölle, welche die Einnahmen aus der Landwirtschaft zu vermindern drohten. Eine solche Abbrödelung würde aber auch die Einnahmen des Reiches und Preußens schwächen. Darum sollte die Regierung die Frage der Getreidezölle im österreichischen Handelsverträge allerdings unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes mit großer Vorsicht behandeln.

Freiherr v. Durant hält eine prozentual stärkere Heranziehung der größeren Einkommen gegenüber den niedrigen Einkommen, für welche eine noch weitergehende Ermäßigung wünschenswert wäre, am Platze, da das ein Ausgleich für den Mangel einer gesonderten Besteuerung des fundirten und unfundirten Einkommens darstelle. Der Satz von 4 Prozent sei allerdings hoch, Redner will aber für denselben stimmen.

Finanzminister Dr. Miquel gibt zu, daß das Abgeordnetenhaus in vielen Punkten wesentliche Verbesserungen vorgenommen habe, und bittet daher das Haus, sich in Abänderungen eine thunlichste große Reserve aufzuerlegen. Es sei immer besser, etwas nachzugeben, wenn sonst die Gefahr vorliege, daß das große Ganze gefährdet würde. Deshalb möge das Herrenhaus die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Depression bis 9000 Mark annehmen, ebenso die Bestimmung, daß bei der Besteuerung der Aktiengesellschaften der Satz von 3½ Prozent abgezogen werden soll statt der 3 Prozent der Regierungsvorlage, sowie die Verschärfung der Declarationspflicht seitens des Abgeordnetenhauses. Eine solche Verschärfung wäre um so gerechtfertigter, als die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Declaration überaus milde gewesen sei; sie sei auch jetzt sehr einfach, so daß sie von jedem leicht gehabt werden könnte. Auch die Abänderung des Abgeordnetenhauses, als Berufungsinstanz für Beschwerden das Oberverwaltungsgericht statt des Steuergerichtshofes der Regierungsvorlage einzusetzen, möge das Haus annehmen. Dagegen lege die Regierung großes Gewicht darauf, den Satz von 3 Proc. für die höchsten Einkommen wieder einzuführen. Nach Maßgabe der Mittel sollen späterhin die Realsteuern, die Gewerbesteuer sowie die Grund- und Gebäudesteuer vollständig zu Kommunalsteuern gemacht werden, und ebenso soll fünfzig das Problem der gerechten Besteuerung des fundirten und unfundirten Einkommens, soweit das überhaupt möglich sei, gelöst werden. Einer späteren Unterscheidung zwischen der Besteuerung des fundirten und unfundirten Einkommens präjudiziere aber der Satz von 4 Prozent, mit welchem Preußen auch ganz allein stehen würde. In Bezug auf die Verwendung der Überschüsse über die Fassung des Abgeordnetenhauses einen viel stärkeren Druck auf die Regierung aus, die Überschüsse wirklich zur Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer zu verwenden, als es irgend eine andere Fassung vermöchte; sie sticht die weitere Steuerreform.

Oberbürgermeister Böttcher erklärt, daß die Vorlage einem Bedürfnisse nachkomme, das sich schon lange geltend gemacht habe. Redner ist gegen die Besteuerung der Aktiengesellschaft, welche eine Doppelbesteuerung sei, sowie gegen den Satz von 4 Proc. für die höchsten Einkommen.

Das Einkommensteuer- und Erbschaftsteuergesetz werden darauf an eine Kommission von 15 Mitgliedern verwiesen, desgleichen die Gewerbesteuervorlage an eine besondere Kommission von ebenfalls 15 Mitgliedern. Der Gesetzentwurf, betr. die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen, Hannover und Rheinprovinz wird debattlos angenommen, ebenso ohne wesentliche Debatte der Entwurf einer Städteordnung für den Regierungsbereich Bielefeld mit einigen von der Kommission beantragten redaktionellen Änderungen.

Die Nachrichten von der Verwaltung der preußischen Staatsbergwerke, -Hütten und -Salinen werden in einmaliger Schlussberathung durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr (Wilschadengesetz, kleinere Vorlagen.)  
Schluß 4 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 19. März.

— Der Kaiser fuhr am Donnerstag Vormittag nach Kummendorf, um im Laufe des Vormittags auf dem dortigen Schießplatz den daselbst stattfindenden großen Schießübungen beizuwohnen.

— In Angelegenheiten des Ministers v. Boetticher schreibt der "Reichsanzeiger" in seinem amtlichen Theil: "Die durch einen Theil der Presse gehenden Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Staatsministers v. Boetticher entbehren jeder Begründung." — Die "Köln. Ztg." hatte gestern im Anschluß an die neuliche Bemerkung des Abg. Tramm im Abgeordnetenhaus berichtet, daß vor einigen Jahren der Welfenfond zu Gunsten des Ministers v. Boetticher, der durch Bürgschaftsübernahme im Betrage von 600 000 M., in Bedrängnis gerathen sei, in Anspruch genommen, nachdem die Versuche, die Angelegenheit auf privatem Wege zu ordnen, keinen endgültigen Erfolg gehabt. Hierüber habe Reichskanzler v. Caprivi dem Kaiser Vortrag gehalten — Ein Telegramm der "Köln. Ztg." vom Donnerstag berichtet weiter in der Angelegenheit, daß in diesem Vortrage klar gestellt worden sei, daß nichts geschehen sei, wodurch das Ansehen des Herrn v. Boetticher geschmälerter worden wäre. "Die Feststellung des Thatbestandes habe die Stellung des Ministers in keiner Weise schwächen können." Was nun dabei eigentlich klargestellt oder als Thatbestand festgestellt ist, giebt die "Köln. Ztg." nicht an. Der "Reichsanzeiger" beschränkt sich auf obige Notiz. In parlamentarischen Kreisen nimmt man nach der "Frei. Ztg." allgemein an, daß bei den Veröffentlichungen in dieser dunklen Sache die Nachsucht des Fürsten Bismarck gegenüber dem Minister von Boetticher die Hand im Spiel hat.

## Posenscher Provinzial-Landtag.

8. Plenarsitzung.

Posen, 19. März.

In der heutigen Sitzung wurde der Rest der der Bezeichnung des Provinzial-Landtages unterbreiteten Vorlagen erledigt.

Zunächst wurde das von den Provinzialständen erforderliche Gutachten, ob der Stadtgemeinde Scharfenort, Kreis Samter, die Annahme der Landtagsdeverfassung zu gestatten sei, in bejahendem Sinne abgegeben.

Sodann trat der Provinzial-Landtag in die Verathung und Festsetzung des Landeshauptetats ein und stellte denselben in Einnahme und Ausgabe auf 3 443 500 M. fest. Mit der Vollziehung einer Landtagsdruck und eines Wahlprotolls wurde die Sitzung geschlossen und die Mitglieder aufgefordert, sich zu der heut um 3 Uhr stattfindenden Schlusssitzung einzufinden.

Schlusssitzung.

Durch eine ständische Deputation eingeholt erschien in der Mitte der Versammlung der königliche Landtags-Kommissarius Ober-Präsident, Freiherr v. Wilamowitz-Möllendorff und richtete an die Provinzialstände folgende Ansprache:

Hochgeehrte Herren!

Der 26. Provinzial-Landtag hat eine außergewöhnliche Zahl von schwierigen und inhaltreichen Arbeiten in einer kürzeren Zeit bewältigt, als frühere Landtage zur Erfüllung ihrer Aufgabe gebraucht haben. Es ist das zunächst der altbewährten, vorzüglichen Leitung Ihrer Verhandlungen und der aufopfernden Thätigkeit zu danken, mit welcher Sie sich Ihrer Pflicht unterzogen haben, es findet darin aber auch ein Urtheil seiner Bestätigung, welches bei Eröffnung dieses Landtages aus berufenem Munde gefällt worden ist, daß nämlich die neue Gestaltung der Provinzialständischen Verwaltung sich bewährt hat. Ich zweifle nicht, daß diese Verwaltung, getragen von Ihrer Zustimmung und Ihrer Anerkennung auch fernerhin allen berechtigten Erwartungen entsprechen und ebenso den Interessen der Provinz als des Staates gerecht werden wird.

Auf allen Gebieten mehrten sich die Anforderungen, welche von der Gesamtheit an den Einzelnen gestellt werden. Mit dankenswerther Liberalität haben Sie für zahlreiche gemeinnützige Einrichtungen, welche bereits von früheren Landtagen unterstützt wurden, auch weiterhin Zuwendungen bewilligt und diesen Zuwendungen durch Aufnahme unter die dauernden Ausgaben des Voranschlages eine wesentlich förderliche Bedeutung gegeben. Wenn Sie eine große Zahl weiterer Gelehrte nicht glaubten berücksichtigen zu können, so kann ich die schmerzlichen Empfindungen getäuschter Hoffnung den Bittstellern wohl nachfühlen, mich aber dem Verständnisse dafür nicht verschließen, daß Sie sich angesichts der finanziellen Lage und der Anforderungen, welche theils schon an die Provinz

gestellt werden, theils ihr noch bevorstehen, eine weise Beschränkung auferlegt haben.

Das Sie ein warmes Herz haben für außergewöhnliche Noth, beweist die aus Ihrer eigenen Initiative hervorgegangene Bewilligung einer namhaften Summe zu Gunsten Ihrer von der gegenwärtigen Überschwemmung schwer getroffenen Mitbürger. Hierfür und für Ihre treue, sachlich und hingebende Arbeit gebührt Ihnen allseitiger Dank.

Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den 26. Provinzial-Landtag der Provinz Posen für geschlossen.

Hierauf erwiederte der Landtagsmarschall, königliche Schloßhauptmann und Landrat, Freiherr v. Unruhe-Bomst mit nachstehender Rede:

Hochgeehrter Herr Landtags-Kommissarius!

Aufrechtig danke ich für die wohlwollenden anerkennenden Worte, welche Euer Exzellenz soeben unserer Thätigkeit gewidmet haben. Ich kann Namens meiner Mitstände versichern, daß die Beschleunigung unserer Arbeiten wesentlich eine Folge der Erleichterung ist, welche uns durch die gründliche Vorbereitung der Arbeiten zu Theil geworden ist. Wir dürfen daher auch die Hoffnung aussprechen, daß diese Arbeiten zweckentsprechend sein und unserer Provinz zum Segen gereichen werden. Daß uns kurz nach Beginn unserer Arbeit der Mann verließ, der Namens Seiner Majestät des Kaisers und Königs den Landtag eröffnet hatte, hat uns schmerzlich bewegt. Denn unsere Provinz ist ihm für seine ihr gewordene segensreiche Thätigkeit zu herzlichem Dank verpflichtet. Er hat es verstanden, sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner Amtsduer die Zuneigung aller Bewohner der Provinz zu erwerben und die bewegten Worte, die er an dieser Stelle an uns zum Abschied richtete, haben uns bewiesen, daß ihn nicht eigene freie Wahl, sondern nur der Gehorsam gegen den Befehl seines Königlichen Herrn zu gehen veranlaßte. Wir wissen, daß uns in seinem Herzen wie ihm in unser aller Herzen eine gute Stätte verbleibt.

Dankbar aber sind wir Seiner Majestät unserm Allergnädigsten Kaiser und Könige, daß er uns an Stelle des Scheidenden in Euer Exzellenz einen Mann an die Spitze der Verwaltung gestellt hat, welcher nicht nur unter uns geboren und aufgewachsen, sondern so lange Jahre mit uns gemeinsam zum Wohle unserer Heimat gearbeitet hat. Wir erfreuen uns der festen Überzeugung, daß Euer Exzellenz in demselben Sinne auch an der hohen Stelle, auf welcher wir Sie zu sehen das Glück haben, weiter wirken werden und unser Vertrauen wird Euer Exzellenz dabei begleiten.

Wenn ich auf einem unserer Beschlüsse noch besonders eingehe, so geschieht es, weil die Möglichkeit, daß derselbe missverstanden werden könnte, nicht ausgeschlossen ist und ich dem durch meine Worte vorbeugen möchte. Die Ablehnung des zu der Berathung der "Allgemeine Darstellung der Provinzial-Feuer-Sozietät" eingehauften Antrages, welcher die Ermäßigung des Beitragstariffs im Auge hatte, ist nicht etwa erfolgt, weil der Provinzial-Landtag eine solche Ermäßigung unter Berücksichtigung der bisherigen statistischen Feststellungen über Brandschäden innerhalb der Provinz in Verbindung mit der bei anderen öffentlichen Feuerver sicherungs-Anstalten bestehenden Klasseneinteilung neben der besonderen Feuergefährlichkeit des einzelnen Gebäudes, welche jetzt allein maßgebend ist, nicht wünschte, sondern weil der Provinzial-Landtag sich bewußt war, daß in Folge des vom 25. Provinzial-Landtage gefassten Beschlusses die Umarbeitung des Reglements und damit auch eine Änderung des Beitragstariffs in sicherer Aussicht steht und der Provinzial-Landtag dieser Umarbeitung in keiner Weise vor greift wolle.

Der 26. Provinzial-Landtag lebt umso mehr der festen Hoffnung, daß diese Umarbeitung eine die Wünsche der Mitglieder der Sozietät zufriedenstellende sein werde als er ja weiß, daß der Antrag, welcher zu jenem Beschuß des 25. Provinzial-Landtage geführt hat, von Euer Exzellenz als Mitglied des selben ausgegangen ist und er glaubt daher gewiß sein zu können, daß Euer Exzellenz der Umarbeitung Ihre mit dem Bedürfnisse völlig vertraute Mitwirkung nicht versagen werden.

Ihnen meine geehrten Mitstände danke ich für die Nachsicht, die Sie mir auch diesmal wiederum haben zu Theil werden lassen. Ich bitte Sie mir Ihre freundliche Gesinnung zu bewahren und so fordere ich Sie zum letzten Male auf, mir zu folgen und mit mir einzustimmen in den Ruf:

Es lebe Seine Majestät der Kaiser und König Wilhelm II.

In das von dem Landtagsmarschall auf Seine Majestät den Kaiser und König ausgebrachte Hoch stimmte der Provinzial-Landtag dreimal begeistert ein.

Nachdem der königliche Landtagsmarschall durch die ständische Deputation geleitet, den Sitzungssaal verlassen hatte, trennte sich die Versammlung.

## Stadtverordneten-Sitzung.

Posen, 18. März.

(Schluß.)

Es gelangte des Weiteren ein Dankesbrief zur Verlesung, das der bisherige Stadtverordnete, Direktor Rötel, für die wohlwollende Beurtheilung seines Wirkens in der Kommune durch den Vorstehenden an die Versammlung gerichtet hat.

Demnächst wurde in die Tagesordnung eingetreten.

## Stadttheater.

Posen, 18. März.

"Faust", I. Theil.

Der Theaterabend ist an eine bestimmte zeitliche Frist gebunden. Diese Frist zu überschreiten, ist und bleibt immer ein gewagtes Unternehmen. Drei Stunden ist im allgemeinen schon die äußerste Dauer einer Theater-Aufführung. Wird die Aufmerksamkeit des Publikums länger in Anspruch genommen, so kann, vorausgesetzt, daß das Stück selbst fesselt, nur eine ganz vortreffliche, künstlerisch in jeder Beziehung vollendete Darstellung vor einer Ermündung der Zuhörer schützen. So war es auch gestern Abend der Mangel einer solchen Darstellung, der eine sichtliche Ermündung und Theatralhaftigkeit im Zuschauerraum Platz greifen ließ, und sogar die Veranlassung gab, daß ein Theil der Zuschauer vor Schluss der Aufführung, welche amühernd 4½ Stunde währete, das Haus verließ.

Wir hatten infolge der bisherigen trefflichen Leistungen unseres jetzigen Schauspiel-Ensembles auf die Aufführung des "Faust" sehr hoch gespannte Hoffnungen gesetzt, die sich leider nicht erfüllt haben. Die Aufführung der beiden Theile des "Faust" war schon vor Beginn der Saison angekündigt worden, um so mehr glaubten wir jetzt Berechtigung zu haben, eine vollendete Darstellung erwarten zu dürfen. Die drei Hauptrollen des "Faust" stellen ja allerdings die höchsten Anforderungen an das künstlerische Können der Darsteller und

die Durchführung derselben erfordert ein vorhergehendes umfassendes Studium, von dem bei dem Faust des Herrn Wehrlein nichts, bei dem Mephisto des Herrn Nowack wenig zu merken war.

Dagegen war das Gretchen des Fr. Golandt eine Leistung, welche vollste Anerkennung verdient und Talent und ernstes Streben bewies. Die Rolle des Gretchen ist eine ebenso schwierige wie dankbare Aufgabe, letzteres weil sie mehr wie irgend eine andere das Mitgefühl des Zuschauers zu erregen im Stande ist. Ein Kritiker hat diese Rolle mit Recht ein schauspielerisches Doktor-Examen für das Fach der sentimental Liebhaberinnen genannt. Wir meinen, Fr. Golandt hat dieses Examen gestern bestanden. Das sympathische Organ der Künstlerin kommt gerade in dieser Rolle in besonders vortheilhafter Weise zur Geltung. Fr. Golandt wußte für den Ausdruck unschuldiger mädchenhafter Natürlichkeit ebenso die richtigen Töne zu finden, wie für die leidenschaftlichen Momente, auch behandelt sie den Vers mit großem Geschick. Das höchst peinlich wirkende Entkleiden hätte wohl wegbleiben können. — Was nun die beiden Darsteller des Faust und des Mephisto anlangt, so schicken wir voraus, daß wir als Grund der unbefriedigenden Leistungen eben nur ein gänzlich ungünstiges Studium betrachten können. An der nötigen Begebung fehlt es beiden Herren nicht, der Beweis hierfür ist wiederholt erbracht worden. Um so bedauerlicher ist es für uns, gerade hier ein absäßiges Urtheil fällen zu müssen. Herr Wehrlein wurde seiner schwierigen Aufgabe in keiner Weise gerecht. Einige bessere Momente hatte er in den Szenen, wo

Stadt. Friedländer referierte über die Vorschläge der Wahlkommission für die Wahl von Vorstehern für den Ortsbezirk I. bis X. und empfahl Brauereibesitzer Gumprecht, Kaufmann Kanievski, Brauereibesitzer Alf. Hugger wieder, Kaufmann Albrecht Hamburger, Oberlehrer a. D. Zwolski neu, Rentier Gustav Schrader, Kürschnermeister Schulz wieder, Kaufmann Eckert neu und Rentier Wilz. Busse und Kaufmann Oberflötz wiederzuwählen.

Die Versammlung beschloß demgemäß.

Der Magistrat sucht die Zustimmung der Versammlung zur Theilung der ersten Klasse der Mittelschule für Mädchen nach. Mehrkosten werden dadurch nicht erforderlich. Die Klasse würde nach der Oster-Verlelung auf 70 Schülerinnen anwachsen.

Die Versammlung genehmigt die Theilung.

Stadt. Brodnitz beantragt eine Abänderung des dritten Satzes des § 16 der Geschäftsordnung für die Stadtverordneten-Versammlung dahin, daß in der Regel jeder nur einmal zu einer Position die Wort ergreifen darf, der Referent aber auf Wunsch außerdem das Schlusswort erhalten müsse.

Der Antrag wird, da er vor der Etatsberathung nicht so weit erledigt werden kann, daß er in Kraft tritt, später auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die Versammlung beginnt nunmehr die Etatsberathung.

Stadt. Schönlanz berichtet im Namen der Finanz-Kommision über den Etat für die Stadt Schuldenverwaltung. Vorgeschlagen wird, in der Einnahme die Zinsen von den bei der Provinzialhilfskasse und anderweit belegten Beständen statt auf 1500 M., wie es der Magistratsvoranschlag will, auf 3000 M. zu erhöhen und dementsprechend den Zuschuß aus der Kämmerereiverwaltung um 1500 M. zu ermächtigen. Der Zuschuß beträgt dann 187 904 M. gegen 172 059,50 M. im Vorjahr. Der Etat schließt mit 337 103 M. in Einnahme und Ausgabe ab.

Die Versammlung genehmigt ihn nach dem Magistratsvoranschlag mit der von der Kommission beantragten Änderung.

Stadt. Bach referiert Namens der Finanz-Kommision über den Etat für die offene Armenpflege. Es wird nur eine Änderung vorgeschlagen, nämlich die Ausgabe bei der Position "Brennmaterial für Haushalte" auf 600 statt auf 1000 M. zu veranschlagen; im Winter 1889/90 sinkt nur 199,41 M. zu diesem Zwecke aufgewendet. Dann stellt sich der Zuschuß aus der Kämmerereikasse auf 113 744,55 M. und der Etat balancirt mit 144 574,10 M.

Stadt. Friedländer nimmt einen Antrag, der in der Kommission abgelehnt ist, auf, dahingehend, bei diesem Etat die Ausgabe für Bücher und Schreibmaterialien zu streichen und sie auf die Etats der Stadtschulen zu verteilen, in denen schon jetzt eine gleiche Position vorhanden ist. Es sei nicht gut, daß zwei Klassen armer Schulkinder unterteilen würden, daß die einen ihre Bücher und Schreibmaterialien vom Stadt-Inspektor, die anderen vom Rektor ihrer Schule erhalten. Von Letzterem sollten sie alle die Schulbücher &c. erhalten.

Stadt. Brodnitz schließt sich dem an und meint, durch zwei Personen könne die Vertheilung nicht so korrekt erfolgen wie durch eine.

Stadt. Jakobsohn erklärt, juristisch sei es nicht richtig, solche Kosten der Armenverwaltung zuzuschreiben.

Bürgermeister Kalkowski führt aus, daß dem Magistrat der Antrag zwar nicht sympathisch sei, daß er sich ihm gegenüber aber auch nicht ablehnend verhalten wolle. Der Magistrat stelle die Etats nicht nach juristischen, sondern nach wirthschaftlichen Gesichtspunkten auf. Der bisherige Modus sei eingeschlagen, um die Überblick darüber zu erleichtern, wie viel die Armenverwaltung kostet.

Stadt. Jäckel meint, die Kontrolle höre bei dem jetzigen Zustand auf.

Stadt. Herzberg bittet den Stadt. Friedländer, seinen Antrag für die Etatsberathung zurückzuziehen und statt dessen eine Resolution zu beantragen, worach künftig bei der Aufstellung der Etats verfahren werden soll, wie es sein Antrag will.

Stadt. Friedländer geht darauf ein und beantragt nur eine Resolution.

Die Versammlung nimmt darauf den Etat nach dem Vorschlage der Kommission an, desgleichen die Resolution.

Stadt. Bach referiert Namens der Finanz-Kommision über den Etat für die Krankenhaus-Verwaltung. In der Ausgabe sind die Spülungskosten entsprechend dem Ergebnisse der inzwischen stattgehabten Submission von 37 950 M. auf 42 500 M. erhöht worden und die Position von 3500 M. für Arzneimittel, gemäß den dazu gegebenen Erklärungen des Magistrats in zwei Positionen geteilt, eine von 3350 M. für Arzneimittel und eine von 150 M. zur Neubeschaffung von Apothekenutensilien. Der Zuschuß der Kämmerereikasse beläuft sich dann auf 84 257,36 M. und der Etat balancirt mit 133 612,36 M.

Die Versammlung genehmigt ihn in dieser Höhe.

Stadt. Bach referiert des Weiteren namens der Finanz-Kommision über den Etat für die Hospital-Verwaltung. Bei diesem Etat ist keine andere Änderung des Magistratsvoranschlages vorgenommen als die Verbilligung des Sozes für die Beförlung, die in Submission für 6400 M. vergeben ist. Das sind 600 M. mehr, als der Magistrat vorgesehen, und ist um so viel auch der Zuschuß aus der Kämmerereiverwaltung zu erhöhen. Derselbe beläuft sich dann auf 14 832,24 M. und der Etat balancirt mit 14 962,24 M.

Die Versammlung nimmt den Etat in dieser Höhe an.

Stadt. Wehrlein ist dagegen war er in den reflektirenden und tragischen Szenen absolut bedeutungslos. Die Behandlung des Verses und oft genug auch die Betonung war eine äußerst mangelhafte. Der Mephisto des Herrn Nowack war zu viel Teufel und zu wenig Schall, wie ihn ja auch der Herr selbst im Prolog im Himmel nennt. Die ganze Darstellung dieser in der Geschichte der Schauspielkunst eine so bedeutsame Rolle spielenden Gestalt war eine zu eintönige. Herr Nowacks Mephisto war nicht der humorvolle Teufel, der sich halb kriechend freut, bald mit überlegener Ironie der Menschenlinge spottet. Die Szene, in der Mephisto als falscher Faust zum Schüler spricht, der übrigens durch Herrn Matthias sehr gut dargestellt wurde, mißlang vollständig. Am besten waren noch die Szenen mit Martha Schwerdtlein, wo sich wenigstens groteske, aber nicht verzerrnde Komik zeigte. Die Rolle der Martha wurde durch Fr. Paulmann etwas zu trocken dargestellt. Anerkennung verdient Herr Lipowitz als Valentin; auch sprach er den Dichter im Vorspiel auf dem Theater mit edler Begeisterung. Herr Willert sprach dagegen den Theaterdirektor im Vorspiel mit eben so falscher Betonung, wie "der Herr" im Prolog im Himmel gesprochen wurde. Die Szene in Auerbachs Keller war ohne besondere Wirkung.

Trotz des mangelhaften Erfolges des ersten Theils rechnen wir auf einen genügsamen Abend für morgen, wo "Faust" zur Aufführung gelangt.

St.

Stadt. Bach referirt ferner namens der Finanzkommission über den Etat für die Waisenpflege und empfiehlt ihn anzunehmen, wie der Magistrat ihn aufgestellt hat. Der Zuschuß aus der Kämmereikasse beläuft sich auf 22 192,15 M.; der Etat balancirt mit 27 663,11 M.

Zu den nunmehr an die Reihe kommenden Schuletats nimmt das Wort

Stadt. Türk und weist auf die Überfüllung der Klassen hin, der im erzielichen Interesse gesteuert werden müsse; da müsten Finanrückflüchte schweigen. In der Finanzkommission habe es wie Befriedigung ausgegeben, wenn bei der Verathung der Schuletats einmal eine Klasse abwidirt wurde.

Stadt. Herzberg referirt namens der Finanzkommission über den Etat für die Mittelschule für Knaben. Es wird vorgeschlagen, die Einnahmen an Einschreibegeld und Schulgeld etwas höher zu veranlagten, als es der Magistrat gethan, nämlich ebenso hoch als im Vorjahr. Die Ausgaben sind bei der Geraethaftssunterhaltung um 53 M., bei der Heizung um 80 M., bei der Beleuchtung um 70 M. gegen den Magistratsvorschlag geringer veranlagt. Im Übrigen ist der Etat, in dem die Anstellung von 2 neuen Mittelschullehrern und 2 neuen Elementarschullehrern und die Errichtung von 3 neuen Klassen vorgesehen wird, angenommen, wie der Magistrat ihn aufgestellt hat. Der Etat erfordert dann einen Zuschuß aus der Kämmereikasse von 30 857 M. und balancirt mit 74 896 M. Die Kommission schlägt noch die Resolution vor, den Magistrat zu ersuchen, zu erwägen, ob eine Erhöhung des Schulgeldes in der Knaben-Mittelschule thunlich ist.

Stadt. Brodnitz beantragt, statt der vier neuen Lehrer nur einen, und zwar einen Elementarlehrer, zu bewilligen, indem er zugleich darauf hinweist, daß in dem Schulgebäude die Klassen so gebaut worden sind, daß 60 Schüler darin Platz haben. Es sei also nicht nötig, die Klassen, die über 50 Schüler hätten, zu teilen.

Stadt. Jäckel vertheidigt sich und die Finanzkommission gegen den Vorwurf, welcher in der Bemerkung des Stadt. Türk gelegen habe, daß die Finanzkommission neben den finanziellen Rücksichten die Bedürfnisse der Schule nicht genügend beachte, und meint, die Stadt sei nicht in der Lage, so viel Geld zu bewilligen, wie hier gefordert.

Bürgermeister Kalkowski betont, daß zur Zeit schon 8 (von 19) Klassen mehr als 60 Schüler enthalten, außerdem ist eine mit 60, zwei mit 59 und eine mit 51 Schülern besetzt. Er, Redner, habe die verschiedensten Fachmänner befragt und alle hätten ihm gesagt, die Errichtung dreier neuer Klassen sei nötig. Es würden von Ostern ab allein 10 neue Zeichenabteilungen gebildet.

Über die neu einzustellenden Lehrer wird einzeln abgestimmt. Nachdem der erste der vier gegen 1 Stimme bewilligt, zieht Stadtvorordneter Brodnitz seinen Antrag, drei der geforderten Lehrer nicht zu bewilligen, zurück und die Versammlung nimmt den Etat, wie ihn die Kommission vorgeschlagen, an, dabei die Petition zweier Mittelschullehrer um Erhöhung ihres Gehalts ablehnend.

Stadt. Jäckel hatte den Magistrat interpellirt, ob es wahr sei, daß Lehrern bei der Neuordnung der Gehaltskala Unrecht geschehen sei, wie hier und da verlaute.

Bürgermeister Kalkowski erklärt in längerer Ausführung, daß Niemand gekränkt sei in seinen wohlerworbenen Ansprüchen, daß einigen bisherigen Elementarlehrern aber ihr freier Entschluß, unter der neuen Skala Mittelschullehrer zu werden, später leid gethan habe, weil sie im ersten oder in den ersten Jahren dadurch im Gehalte etwas beschränkt würden, während sie später doch höhere Bezüge als die Elementarlehrer haben.

Der Interpellant und die Verhandlung ist von diesen Ausführungen befriedigt.

Stadt. Herzberg referirt namens der Finanz-Kommission über den Etat für die Mittelschule für Mädchen. Die Kommission hat gegen den Magistratsvorschlag nichts zu erinnern gehabt und schlägt unveränderte Annahme vor. Der baare Zuschuß aus der Kämmereikasse beträgt 20 719 M., der Etat balancirt mit 51 439 M.

Die Kommission schlägt ferner zwei Resolutionen vor, nämlich den Magistrat zu ersuchen, in Zukunft bei den Zahlschulen die Zahl der zahlenden und Freischüler bei jedem Etat anzugeben und die Erhöhung des Schulgeldes in Erwägung zu ziehen.

Stadt. Brodnitz beantragt die Nachweisung der Schülerzahl auch für die Elementarschulen.

Stadt. Landsberger tritt für alle diese drei Resolutionen ein.

Bürgermeister Kalkowski gibt auf eine diesbezügliche Anregung aus der Versammlung die Art und Weise an, in welcher das Reglement für die Befreiung der Schüler von Schulgeld vom Magistrat ausgelegt und angewandt wird.

Stadt. Herzberg hält eine Revision des Reglements für nötig.

Stadt. Brodnitz legt das Reglement anders als der Magistrat aus.

Der Etat wird, wie der Magistrat ihn veranlagt hat, angenommen.

Stadt. Jäckel referirt für die Finanzkommission über den Etat für die vierte Stadtschule. Derselbe erfordert einen baaren Zuschuß aus der Kämmereikasse von 29 685 M. und balancirt mit 35 010 M. Die Versammlung nimmt ihn in dieser Höhe an.

Stadt. Hugger referirt dann namens der Finanzkommission über den Etat für die erste Stadtschule. Derselbe sieht einen baaren Zuschuß aus der Kämmereikasse von 36 489,50 M. vor und balancirt mit 41 749,50 M.

Der Etat wird unverändert angenommen.

Stadt. Hugger referirt ferner über den Etat für die sechste Stadtschule. Derselbe erfordert einen baaren Zuschuß aus der Kämmereikasse von 28 162 M. und balancirt mit 32 617 M.

Die Versammlung nimmt ihn unverändert an.

Stadt. Jäckel referirt über den Etat für das Turnwesen. In den Ausgaben hat die Finanzkommission sich mit der Erhöhung des Gehaltes für den Bedell der Turnanstalt nicht einverstanden erklärt, sie hat ferner in der Einnahme die Dividende von 7,50 M. zugelegt, welche die Gothaer Versicherungsanstalt, bei der die Geraethaften und Turnunterfilien verichert sind, zahlt. Der baare Zuschuß aus der Kämmereikasse beläuft sich dann auf 6102,50 M. und der Etat balancirt mit 13 032 M.

Die Versammlung nimmt ihn in dieser Höhe an.

Stadt. Jäckel referirt namens der Finanzkommission über den Etat für die Wittwen- und Waisenkasse, bei dem nichts zu erinnern gewesen ist. Die laufenden Beiträge der Stadtgemeinde beziffern sich auf 5643,12 M. (ebenso hoch wie die der Beamten, der Etat balancirt mit 14 086,24 M.)

Der Etat wird angenommen.

Stadt. Jäckel referirt demnächst Namens der Finanz-Kommission über den Etat für die Hundesteuer-Verwaltung. In demselben hat die Kommission die Einnahme auf um 500 M. höher veranlagt, als der Magistrat und um ebenso viel dann auch den an den Berichönerungsfonds abzuführenden Betrag erhöht, wodurch bei diesem der Zuschuß aus der Kämmereikasse sich um 500 M. erhöht. Der Etat der Hundesteuerverwaltung balancirt mit 8285 M.

Der Etat wird in dieser Höhe angenommen.

Stadt. Schönlanck referirt über den Etat für die Bürgerschule, bei welchem die Finanzkommission die Einnahme aus dem Einschreibegeld um 22 M. höher, die aus dem Schulgeld um 1000 Mark niedriger als der Magistrat veranlagt. Der baare Zuschuß aus der Kämmereikasse beträgt dann 27 663,50 M. und der Etat balancirt mit 60 287 M.

Die Versammlung genehmigt ihn in dieser Höhe.

Stadt. Schönlanck referirt ferner über die Etats für die zweite, dritte und fünfte Stadtschule. Bei der zweiten und dritten Stadtschule hat die Finanz-Kommission in der Ausgabe die geforderte besondere Dienstaufwands-Entschißigung für den Rektor von je 150 M. abgelehnt. Der Etat der zweiten Stadtschule erfordert dann einen baaren Zuschuß aus der Kämmereikasse von 37 083 M. und balancirt mit 44 483 M., der der dritten Stadtschule erfordert einen Zuschuß von 51 956,50 M. und balancirt mit 61 586,50 M., der der fünften Stadtschule macht einen Zuschuß von 40 505,50 M. nötig und balancirt mit 48 680,50 M. Bei der dritten Stadtschule ist die Errichtung von drei neuen Klassen und die Anstellung von 4 neuen Lehrern vorgesehen.

Die Etats werden unverändert angenommen.

## Lokales.

Posen, den 19. März.

—b. Eisenbahn-Unglück. Beim Rangiren auf dem hiesigen Zentralbahnhof stießen gestern Nachmittag zwei Rangirzüge aneinander, wodurch ein Personenzug erster und zweiter Klasse zertrümmert worden ist. Personal ist nicht verunglückt.

—b. Der verunglückte Maurergeselle Prüfer, der in einer hiesigen Brauerei vom ersten Stock der Mälzerei herabstürzte, ist gestern im Stadtkloster seines Verlebens erlegen.

—b. Diebstahl. In einem Lokale der St. Martinstraße wurde gestern einem Wirtschaftsbeamten aus Borek die Summe von 200 M. gestohlen.

## Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 19. März. Der ostpreußische Provinzialtag ist durch den Oberpräsidenten v. Schlieemann heute Nachmittag geschlossen worden.

Hannover, 19. März. Die meisten Mitglieder des Zentrums statteten gestern nach der Besetzung Windthorsts der Witwe und der Tochter Beileidsbesuche ab. Der Vorsitzender der Fraktion überreichte die Adresse. Auch eine Deputation der westfälischen Bergleute war mit Fahnen vor dem Trauerhause erschienen und drückte den Hinterbliebenen ihr Beileid aus.

Hamburg, 19. März. Ueber das von den Zeitungen mehrfach erwähnte Gerücht, daß die Vertretung der russischen Interessen in Bulgarien demnächst von dem deutschen diplomatischen Agenten in Bulgarien auf den französischen übergehen würde, wird dem "Hamb. Corresp." gemeldet, daß in unterrichteten Berliner Kreisen hiervom nichts bekannt sei.

Hamburg, 19. März. Der "Hamb. Börseh." wird aus Gambur vom 15. d. gemeldet, daß die drei Handelssektionen der Firma Janzen u. Thormählen, welche sich der Forschungsexpedition des Dr. Zintgraf von Barombi aus in das Innere durch die feindlichen Banhangstämme angeschlossen hatten, um im Batlande eine Hauptstation zu errichten, ihre beiden Führer Nehber und Tiedt infolge von Kämpfen bei Bafui durch den Tod verloren haben. Der Expeditionsmeister Carstensen wurde in Bati stationirt, der dritte Handelsführer Caulwell blieb im Banhanglande zurück, während Dr. Zintgraf sich wohlbehalten wieder in Kamerun befindet.

Wien, 19. März. Für den Prinzen Napoleon ist eine sechstägige Hoftrauer vom 20. d. Mts. ab angeordnet worden.

Petersburg, 19. März. Nach der "Nowoje Wremja" und dem "Synn Otetsctwa" ist nun auch dem "Grashdann" der Verkauf einzelner Nummern verboten.

Rom, 19. März. Um neun Uhr setzte sich der Zug mit der Leiche des Prinzen Jerome Napoleon in Bewegung. Als derselbe auf der Piazza del popolo angekommen war, wurde der Sarg in die Parochialkirche getragen, wo in Gegenwart der Prinzen und der hohen Staats- und Hofwürdenträger dem Verstorbenen die Absolution ertheilt wurde. Darauf setzte sich der Zug wieder in Bewegung nach dem Bahnhofe, indem er den Weg über den Corso und die Nationalstraße nahm. Der Zug traf gegen ein Uhr Nachmittag am Bahnhofe ein. Den Leichenwagen schmückten acht Kränze: zwei Wagen mit Kränzen folgten. Der Leichenkondukt wurde vom Prinzen Viktor Napoleon geführt, zu dessen Rechten der Herzog der Abruzzen, als Vertreter des Königs ging. Es folgte das diplomatische Corps mit Ausnahme des französischen Botschafters, ferner die Minister, die Vertreter der Behörden und eine große Anzahl Offiziere. Truppen der Garnison eröffneten und schlossen den Zug. Der König geleitete entblößten Hauptes die Leiche bis zum Thore des Hotels de Russie und begab sich sodann mit der Prinzessin Klotilde nach dem Quirinal, wo dieselbe bis zu ihrer Abreise nach Turin verbleiben wird.

Paris, 19. März. Die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, die russischen Nihilisten, welche im vergangenen Jahre verurtheilt worden, seien verschwunden und an Russland ausgeliefert worden, wird von gut unterrichteter Seite für vollkommen unbegründet erklärt. Die Verurtheilten seien vielmehr vor einem Monat aus dem hiesigen Gefängnis nach dem Gefängnis in Angers übergeführt worden.

Der Deputirtenkammer sind weitere, mit etwa 15 000 Unterschriften versehene Petitionen von Industriellen der Tüll- und Spangenbranche in Calais zugegangen, in welchen gegen die von der Zollkommission beschlossenen Zölle protestiert wird.

Paris, 19. März. Die Kammer nahm einen im Senat bereits erledigten Gesetzentwurf an, wonach Unterlieutenants aller Waffengattungen nach zweijähriger Dienstzeit zu Lieutenant befördert werden. Dieses Gesetz bedingt eine Mehrausgabe von 500 000 Frank.

Paris, 19. März. Die Budgetkommission ertheilte heute ihre Zustimmung zu der am 15. Oktober v. J. mit der "Grande Compagnie des télégraphes du Nord" unterzeichneten Uebereinkunft betreffend Legung und Betrieb eines zweiten Kabels zwischen Calais, Fano und Kopenhagen.

Paris, 19. März. Aus Süd-Frankreich werden große Ueberschwemmungen gemeldet; bei Montluel überschwemmte

die Seraine die Eisenbahn und verursachte grohe Schäden. Die Rhone, deren Nebenflüsse stark angeschwollen sind, ist um 3 Meter gestiegen.

London, 19. März. Das Oberhaus nahm auf Antrag des Staatssekretärs der Kolonien eine Bill an, durch welche den Marineoffizieren von der Krone Weisungen zur Ausführung und Sicherung von Verträgen ertheilt werden dürfen. Kuntsford begründete die Bill mit der ernsten Lage in Neufundland, welches ein Schiedsgericht ablehnte, bevor Frankreich die Küste geräumt habe. Salisbury bestätigte die Lage. Die Neufundländer können die Schwierigkeit der Lage nicht der Verbindung mit England zuschreiben, da Frankreichs Rechte jedenfalls auch bei der Loslösung Neufundlands bestanden; er hofft, die Neufundländer werden einsehen, daß ihre Interessen durch ein Schiedsgericht bestens gewahrt würden.

London, 19. März. Nach weiteren Meldungen aus Gibraltar von gestern Abend konnten die Rettungsboote wegen des starken Sturmes an die "Utopia" nicht herankommen und mußten sich begnügen, die von den Wellen fortgerissenen aufzufischen. Die Mannschaften der englischen und schwedischen Boote wetteiferten mit einander in den Bemühungen, die Ertrinkenden zu retten. Die Panzerschiffe ließen elektrisches Licht auf die See fallen. Die Zahl der Ertrunkenen wird gegenwärtig auf 576 angegeben, darunter befinden sich zwei englische Seeleute von einer Chaluppe des englischen Panzerschiffes "Immortalité", welches an die Felsen geschleudert wurde.

London, 19. März. Viele Morgenzeitungen geben ihrer Genugthuung über das völlige Gelingen des Paris-Londoner Telephons Ausdruck, welches dazu beitragen werde, die beiden Nationen noch enger zu verknüpfen und manche Vorurtheile zu beseitigen.

New-York, 19. März. Die "Times" berichtet, der Landwirthschaftssekretär Russ, der sich gegenwärtig hier aufhält, um sich über Einzelheiten für die Ausführung des neuen Fleischschaugesetzes zu informiren, habe sich dahin ausgesprochen, daß das neue Gesetz in Frankreich, Deutschland und England befriedigen und eine große Zunahme der Ausfuhr von Schweinefleischprodukten nach diesen Ländern herbeiführen werde. Hoffentlich werde Deutschland die Einwendungen gegen die Einfuhr amerikanischen Schweinefleisches nunmehr fallen lassen.

Mexico, 19. März. Nach einem hier eingegangenen Telegramm aus Lima wäre dort ein Agent der chilenischen Regierung eingetroffen, um Schiffe zum Kriegsdienst auszurüsten.

Paris, 20. März. Die am Dienstag im Ambigu-theater von Deroulede veranstalteten Kundgebungen gaben der Staatsanwaltschaft zu der Annahme Anlaß, daß die Patriotenliga fortbestehe. Infolgedessen fanden Haussuchungen im fünften und dreizehnten Arrondissement statt, Verhaftungen wurden jedoch nicht vorgenommen.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Tem.
19. Nachm. 2	741,7	NNO schwach	bedeckt	+ 4,3
19. Abends 9	742,2	NNO schwach	bedeckt	+ 1,1
20. Morgs. 7	745,0	NO stark	bedeckt	- 0,4

<sup>1)</sup> Von 10<sup>1/2</sup> Uhr schwacher Regen. <sup>2)</sup> Nachm. Regen, Abends Regen und Schnee. <sup>3)</sup> Nachts Schnee.

Am 19. März Wärme-Maximum + 5,2° Cels.

Am 19. = Wärme-Minimum - 0,6° =

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 19. März Morgens 5,36 Meter.

= 19. Mittags 5,30 =

= 20. Morgens 5,08 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Börsenkurse.

Breslau, 19. März. Unentschieden.  
3½%ige L.-Pfandbriefe 97,65, 4%ige ungarische Goldreize 93,05, Konigl. Türkei 19,10, Türkische Loope 79,75, Breslauer Diskontobank 106,00, Breslauer Wechselbank 103,25, Schlesische Bankverein 120,50, Kreditaktien 176,75, Donnersmarchhütte 84,00, Oberösterreichische Eisenbahn 72,00, Oppelner Cement 100,00, Kram 130, Laurahütte 128,35, Verein. Delfsbr. 105,25, Österreichische Banknoten 176,80, Russische Banknoten 240,10

